Antrag zur pax christi Diözesanversammlung 16.11. 2024

Antragsgegenstand: Keine Stationierung weitreichender US-amerikanischer Waffensysteme in Deutschland ab 2026

Antragsstellerin: pax christi Basisgruppe Schwabmünchen

Antrag: Die Diözesanversammlung möge beschließen:

"Die pax christi Diözesanversammlung lehnt die geplante Stationierung USamerikanischer Marschflugkörper, Hyperschallraketen und anderer Raketensysteme in Deutschland ab 2026 in aller Entschiedenheit ab.

Der pax christi Vorstand der Bistumsstelle Augsburg wird aufgefordert in diesem Sinne die Bundestagsabgeordneten im Bereich der Diözese und weiterer Mandatsträger*innen anzuschreiben und um politische Unterstützung unserer Forderungen zu bitten".

Begründung:

Erstmal seit dem Ende des Kalten Krieges sollen wieder US-Mittelstreckenraketen nach Deutschland kommen. Es handelt sich bei dem Vorhaben nicht um ein gemeinsames Vorhaben der Nato, sondern einen "Alleingang" von Deutschland und den USA. Dass der Bundestag und die Gesellschaft bei einer derart weitreichenden Entscheidung nicht eingebunden wurden, ist nicht nachvollziehbar mit einem offenen Demokratieverständnis. Im Gegensatz zur Nachrüstungsdebatte der 80iger Jahre geht mit dieser Rüstungsankündigung kein Verhandlungsangebot zur gegenseitigen Rüstungskontrolle einher.

So ist diese bilateral ausgehandelte Stationierung eine große Gefahr, eine neue Stufe der Eskalation in dem derzeit sowieso schwierigen Verhältnis zu Russland auszulösen. Damit trägt sie nicht zu mehr Frieden und Sicherheit bei, sondern sie wirkt destabilisierend, erhöht die Gefahr eines russischen Angriffs auf Deutschland und Europa, und öffnet die Tür für weiteres Wettrüsten. Wir brauchen Deeskalation und Abrüstung statt einer neuen "Nachrüstung", wir brauchen Friedenstüchtigkeit statt Kriegstüchtigkeit.

Als christlich motivierte Friedensbewegung müssen wir mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen versuchen, dass die Bundesregierung diese Pläne stoppt und einer Stationierung neuer US-Raketen, die zum Teil auch Ziele weit hinter Moskau erreichen können, nicht zustimmt.